



TOP 13

Bericht über Verfolgungssituationen in Syrien, im Libanon, in Nigeria und im Irak

Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **27. November 2018**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode!

Derzeit sind nach offiziellen UN Angaben 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Konflikten, und Verfolgung. Vor zehn Jahren waren es 37,5 Millionen. Letztes Jahr waren es noch drei Millionen weniger. 85% der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern. **Syrien** bleibt weiterhin das größte Herkunftsland von Flüchtlingen (6,3 Mio.). Kriege und Konflikte im **Südsudan, Jemen und Irak**, in der **Zentralafrikanische Republik** und in **Burundi**, im **Kongo** und **Kamerun** zwingen die Menschen zur Flucht. Wir gehen derzeit davon aus, dass 25,4 Mio. Menschen in Nachbarländer oder weiter weg geflohen sind und 40,1 Mio. Menschen innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. Dazu kommen noch weltweit 3,1 Mio. Menschen, die anderswo internationalen Schutz suchen und Asyl beantrag haben.

Bei den Asylanträgen hat sich auch einiges verändert und verschoben. Das Institut der deutschen Wirtschaft meldet stolz: Die Zahl der Asylsuchenden aus den **Balkanländern** habe seit 2015 massiv abgenommen, nachdem diese Länder zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Nur noch 20.000 Asylsuchende kamen 2017 von dort nach Deutschland. Zugenommen habe hingegen die Zahl der Arbeitsmigranten nach Deutschland aus dieser Region. Das sind derzeit ca. 270.000. Diese Zugezogenen seien vor allem im Gastgewerbe und Sozialwesen tätig.

Noch ein paar Zahlen: Alle zwei Sekunden wird im Schnitt jemand auf der Welt zur Flucht gezwungen. 52% der Flüchtlinge weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. Nur 670.000 Menschen konnten 2017 in ihre Heimat zurückkehren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einmal auf die von manchen vorgenommene Unterscheidung von „richtigen“ Flüchtlingen, also Kriegsflüchtlingen, und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen eingehen. Diese Unterscheidung führt oft zu krassen Fehleinschätzungen und Beurteilungen. Unsere Landeskirche unterstützt in **Simbabwe** den dortigen nationalen Christenrat. Das Land ist tief gespalten. Die politischen Lager stehen sich beinahe unversöhnlich gegenüber. Die Wirtschaft liegt am Boden. Menschen leiden und hungern. Es herrscht kein offener Krieg. Aber wenn jetzt jemand seine geringe Habe nimmt und mit seiner Familie in das Nachbarland flieht, weil er auf die falsche politische Partei gesetzt hat, ist er dann ein Wirtschaftsflüchtling oder ein richtiger Flüchtling? Etliche meiner Vorfahren waren Wirtschaftsflüchtlinge, die in den USA und in Kanada ihr wirtschaftliches Heil gesucht haben, weil es hier im Remstal nicht genug gab, um eine große Familie ernähren zu können. Und viele von Ihnen kennen ähnliche Schicksale oder sind selbst betroffen. Wir sollten hier bei dieser oft unseligen Unterscheidung vielleicht in einen oder anderen Fall etwa gnädiger und verständnisvoller sein.

Kommen wir von den Flüchtlingen und Asylbewerbern zu den verfolgten Menschen weltweit. Verlässliche Zahlen über verfolgte Menschen weltweit gibt es nicht. Ungefähre Nennungen pendeln zwischen 100 und 200 Millionen. Die am meisten betroffenen Gruppen sind Christen und Muslime. Das hängt natürlich damit zusammen, dass beide Religionen die Mehrheit weltweit stellen.

Wer wissen will, wo die Geflüchteten herkommen, muss nicht erst die Statistiken der UN bemühen, es reicht auch ein Blick in die Travel-risk-map eines großen Sicherheitsdienstes, der Geschäftsleute berät, wo auf der Welt es für sie unsicher sein könnte. Hier wird besonders vor **Brasilien** und **Venezuela** gewarnt, weil dort aufgrund der Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten vermehrt Menschen das Land verlassen und fliehen. Ebenso im destabilisierten **Venezuela**. Nach **Somalia**, **Südsudan**, **Jemen** und **Libyen** sollte man lieber gar nicht reisen, nach **Pakistan**, **Mexiko**, und Teilen von **Indien** nur wenn es unbedingt sein muss.

Vermehrt kommen Flüchtlingen aus dem **Iran** zu uns und suchen ganz gezielt Aufnahme in unseren Kirchengemeinden. Immer wieder wird der Wunsch von diesen Menschen an unsere Pfarrerinnen und Pfarrer herangetragen, getauft zu werden. Zahlreiche Männer und Frauen aus dem Iran haben mittlerweile diese Taufe erhalten. Andere warten noch drauf, wieder andere befinden sich in der Taufunterweisung. Deshalb haben wir am 14. Dezember unsere Pfarrerschaft, aber auch die für Flüchtlingsarbeit in den Kirchenbezirken zuständigen Diakoninnen und Diakone und andere Interessierte zu einem Tag eingeladen, an dem hier im Hospitalhof gemeinsam über diese Thematik nachgedacht werden soll. Derweil weist uns eine Pfarrerin unserer Landeskirche, Gabriele Krohmer, ausdrücklich darauf hin, neben den Iranern nicht die vielen Afghanen zu vergessen, die von manchen Geflüchteten als Menschen zweiter Klasse angesehen würden und deshalb besonderer Aufmerksamkeit bedürften.

Auch ein weiteres Thema ist für uns im Referat zunehmend in den Blick gekommen: Die Situation der Christen im **Nahen Osten**. Einerseits wissen wir, dass die Zahl der Christen in Ländern wie **Palästina**, **Irak**, **Israel**, **Syrien** und **Ägypten** zunehmend, teils sogar dramatisch, abnimmt. Viele Christen verlassen mit ihren Familien wann immer es möglich ist die unsichere und oft auch gefährliche Umgebung. Andererseits hören wir von unseren Partnern dort und von den dort lebenden Bischöfen vermehrt die Bitte, doch dafür zu sorgen, dass ihre Leute vor Ort bleiben können, in ihren seit tausenden Jahren angestammten Gebieten. Hier gilt es, sensibel zu agieren und die Nöte der betroffenen Menschen ernst zu nehmen. Deshalb ist ein Schwerpunkt der finanziellen landeskirchlichen Hilfe der Unterstützung der Christinnen und Christen im Nahen Osten gewidmet.

Vor sechs Tagen wurde bekannt, dass die pakistanische Christin Asia Bibi ihr Land verlassen darf und vermutlich in einem europäischen Land Zuflucht finden wird. In vorangegangenen Berichten von mir habe ich den Fall dieser Frau immer wieder erwähnt. Bibi war in **Pakistan** als erste Christin wegen Gotteslästerung angeklagt und dann 2010 zum Tode verurteilt worden. 2015 ordnete ein Gericht an, die Todesstrafe vorläufig auszusetzen. Ende Oktober 2018 sprach das Oberste Gericht in Pakistan Asia Bibi überraschend frei. Daraufhin kam es in ganz Pakistan zu gewalttätigen Protesten, organisiert von der radikalislamischen Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan TLP. Seither wird nicht nur Bibis Anwalt bedroht, auch die Richter, die Bibi freigesprochen haben, müssen um ihr Leben fürchten. Die pakistanische Regierung zeigt durch die Freilassung und die Ausreisegenehmigung jedoch, dass sie hier ein deutliches Zeichen der Toleranz setzen möchte.

Ein weiteres Land möchte ich hier noch erwähnen, in dem Millionen Menschen derzeit verfolgt werden. Der **Jemen**. Dort findet in den letzten Jahren, von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ein grausamer Krieg statt zwischen einer von Saudi-Arabien angeführten Allianz, die seit dem Frühjahr 2015 gegen die schiitischen Houthi-Rebellen kämpft. 14 Millionen Menschen im Jemen, also die Hälfte der Bevölkerung, sind nach Angaben der Vereinten Nationen von einer Hungersnot bedroht. Vier von fünf Jemeniten leben unterhalb der Armutsgrenze. Besonders ins Gewicht fällt, dass Hilfsorganisationen nicht ins Land gelassen werden und so die notleidende Bevölkerung nicht erreicht wird. Auch bei diesem Krieg steht der saudische Kronprinz Muhammad Bin Salman im Mittelpunkt, der auch für den Tod des Journalisten Jamal Khashoggi verantwortlich gemacht wird. Nachdem im ersten Halbjahr 2017 noch Rüstungsgüter im Wert von 99 Millionen Euro aus Deutschland nach Saudi-Arabien geliefert wurden, erhöhte sich der Umfang der Waffenlieferung im ersten Halbjahr 2018 auf 161 Millionen. Nun hat die Bundesregierung angekündigt, keine weiteren Rüstungsgüter mehr in das Land am Golf zu liefern. Dagegen halten die USA weiterhin an ihrem Verbündeten fest.

Nicht weit entfernt, in **Palästina**, zeichnet sich ebenfalls eine erneute Katastrophe ab, die mittelbar von den USA ausgelöst wurde. Nachdem die US-Regierung im Sommer dieses Jahres sämtliche Zahlungen für Palästinenserflüchtlinge eingestellt hat, spürt die Bevölkerung nun die Einschränkungen. Der US-Beitrag in Höhe von 300 Millionen Dollar machte etwa ein Drittel des gesamten Budgets des UN-Hilfswerkes UNRWA aus. Die UNRWA betreibt im Gaza-Streifen 21 Gesundheitszentren, zwölf Nahrungsmittelausgabestellen und 278 Schulen. Es versorgt fünf Millionen Menschen, Palästinenser, die den Flüchtlingsstatus haben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 53 Prozent. Die Selbstmordrate ist so hoch wie nie. Matthias Schmale von der UNRWA rechnet mit neuen gewalttätigen Protesten in dieser aufgeheizten Situation.

In **Syrien** hingegen scheinen die Zeiten besser zu werden. immer mehr Politiker in Berlin denken darüber nach, straffällig gewordene Asylbewerber in das Bürgerkriegsland zurückzuschicken. Doch das Außenministerium warnt davor: In keinem Teil des Landes bestehe ein umfassender, langfristiger und verlässlicher Schutz für verfolgte Personen. Für Rückkehrer bleibe das Risiko hoch. Flüchtlingen drohen Repressalien der regierungstreuen Behörden und von Teilen der Bevölkerung. Diese Einschätzung deckt sich auch mit den Berichten, die wir von unseren syrischen Partnern erhalten. In dem seit acht Jahren vom Bürgerkrieg geschüttelten Land sind mindestens 500.000 Menschen umgekommen. 7,4 Millionen Menschen sind außer Landes geflohen. Die beiden vor fünf Jahren entführten Bischöfe Mor Gregorios Youhanna Ibrahim und Boulos Yazigi werden weiterhin vermisst. Von ihnen fehlt jede Spur. Viele Menschen werden vermisst. Manche konnten ins Ausland fliehen, von anderen weiß man gar nichts. Doch die Situation hat sich grundlegend verändert. Seit dem russischen Eingreifen in Syrien werden Stück für Stück die an die Rebellen verlorenen Gebiete zurückerobert. Straßen werden wieder repariert und teilweise zerstörte Häuser aufgebaut. Unsere Landeskirche hat in den letzten Jahren mit erheblichen Summen über die Evangelische Mission in Solidarität eine Grundschule im Tal der Christen, dem Wadi Nasara nicht weit von Homs entfernt unterstützt. Die Kinder dort sind ausschließlich Flüchtlingskinder, oder korrekter gesagt, IDPs, also Internal displaced persons. Die meisten stammen aus Idlib, Homs, Aleppo aber auch aus Raqqa. Bis zu 90 Kinder konnten hier in den letzten Jahren in Ruhe Unterricht erhalten und geregelte Mahlzeiten einnehmen. Und entgingen so wenigstens für eine Zeitlang den Gräueln des Krieges.

Im **Irak** hat sich die Lage ebenfalls etwas beruhigt. Man rechnet mittlerweile damit, dass von den mehr als 1,5 Millionen Christen, die überwiegend im Nordirak wohnten, nunmehr etwa 250.000 noch in der Region leben. Das Ziel der Hilfe unserer Landeskirche ist es, die verbliebenen Familien so zu unterstützen, dass sie bleiben können. Dazu braucht es sichere Wohnorte und eine wirtschaftliche Perspektive. Derzeit wird in der Region enorm viel wieder aufgebaut, was vom „Islamischen Staat“ systematisch zerstört worden war. So etwa in der Stadt Karakosch in der Niniveh Ebene, wo 90 Prozent aller Häuser und alle Kirchen dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Fast alle Einwohner waren nach Irakisch-Kurdistan geflohen. Nun kehren immer mehr in ihre Stadt und die sie umgebenden Dörfer zurück. Die württembergische Landeskirche unterstützt in dieser Region mit einem Schwerpunkt über ihr Hilfswerk CAPNI den Wiederaufbau von Häusern und Kirchen, eine mobile Klinik, eine Apotheke, psychologische Hilfe und Traumabehandlung sowie Kleinprojekte zur Existenzgründung.

Ermutigend ist, dass nicht nur die älteren Menschen dort wieder an eine Zukunft glauben, sondern vermehrt auch junge Menschen, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen in ihrem Land in ihrer Region. Stolz kann uns in diesem Zusammenhang auch machen, dass die Jezidin Nadja Murad den Friedensnobelpreis zusammen mit dem kongolesischen Frauenarzt Denis Mukwege dieses Jahr erhalten hat. Nadja Murad ist eine der Frauen, die von der Baden-Württembergischen Landesregierung zur Trauma-Behandlung hierher nach Deutschland geholt wurden.

Bei einem Besuch im **Tur Abdin** im Frühjahr dieses Jahres konnte sich unser Landesbischof selbst ein Bild machen, wie es um die Situation der Christen in der Südtürkei steht und mit welchem Willen und welcher Ausdauer sie ihren angestammten Platz in der Region behaupten. Selbst wenn in einem Kloster in den Bergen nur noch ein Mönch nach dem Rechten sieht, so

geben die Menschen dort die Hoffnung nicht auf, irgendwann wieder an die lange Tradition des Christentums in dieser Region anknüpfen zu können.

Ebenfalls ermutigend ist die Situation der Christen im **Libanon**, wo geschätzt rund ein Drittel der Bevölkerung sich zum christlichen Glauben bekennt. Auch dieses Land konnte der Landesbischof besuchen und die von der Landeskirche unterstützten Projekte in Augenschein nehmen: wie etwa die Einrichtung einer Klinik in den Bergen oder die Ausstattung einer Schule mit Computern. Neu dazugekommen ist ein Projekt, das es jungen Frauen ermöglicht, eine Krankenschwesterausbildung zu machen.

Sorgen bereitet derzeit die Situation in **Kamerun**, wo unsere Partner berichten, dass bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen zwischen den verschiedenen Sprachgruppen der englisch und französisch sprachigen Bevölkerung. Hier leisten die Kirchen Enormes an Friedensarbeit und Konfliktbewältigung. Auch die katastrophalen Zustände im **Südsudan** zwingen immer mehr Menschen zur Flucht in die Nachbarländer.

In **Ägypten** kommen die Christen nicht zur Ruhe. Erst vor wenigen Tagen, am 2. November, sind mindestens sieben Menschen getötet und 19 schwer verletzt worden bei einem Attentat auf drei Busse mit Pilgern unweit der Stelle wo schon im Mai 2017 30 koptische Pilger, darunter mehrere Kinder, ermordet worden waren. Die Provinz Minya scheint die für Christen am bedrohlichste Region zu sein. In der Vergangenheit hatten hier Islamisten schon mehrfach koptische Christen angegriffen. Der ägyptische Präsident Al Sisi versicherte dem Oberhaupt der Kopten, Papst Tawadros II, die volle Unterstützung bei der Aufklärung der Morde und verstärkte Sicherheitsmaßnahmen für christliche Einrichtungen. Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Am 10. Januar 2018 wurde im Beisein des Präsidenten eine große Kathedrale in Kairo gerade entstehendem neuen Stadtviertel eröffnet. Sie bekam den Namen „Geburt Christi“ und kann 8.200 Gottesdienstbesucher aufnehmen. Wie allerdings im selben Artikel auch deutlich wird, bedeutet dies nicht, dass andere christliche Gemeinden keine Schwierigkeiten haben, besonders auch protestantische.

Schwerpunktland Nigeria

Nigeria ist eines der Länder, welches wegen seiner Gewaltausbrüche immer wieder Medien auftaucht, zudem ist es eines der komplexesten Länder, was die Verfolgung und Diskriminierung von Christen betrifft. Die meisten Christen im südlichen Teil des Landes leben in einer Umgebung, in der Glaubensfreiheit respektiert wird. Jedoch leiden Christen im Norden und im zentralen Gürtel Nigerias unter der von militanten islamischen Gruppen ausgeübten Gewalt. Eine Folge dieser Gewalt ist oftmals der Verlust von Menschenleben, Körperverletzungen sowie der Verlust von Eigentum durch Enteignung; Christen verlieren häufig ihr Land und ihre Erwerbsquellen. Christen im nördlichen Nigeria, besonders in den Scharia-Staaten, werden diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben zudem die Zurückweisung durch ihre eigenen Familien und den Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Ich bin dankbar, dass wir mit unserem Landesbischof in diesem Jahr den Norden Nigerias besuchen konnten. Wir haben dort sowohl die Kirche der Geschwister getroffen, als auch den CVJM und die Lutherische Kirche mit ihrem Bischof dem derzeitigen Präsidenten des lutherischen Weltbundes Musa Filibus. Es war ermutigend, wie die Christen dort versuchen, ein normales Leben zu leben und ihren Glauben zu bekennen. Gleichzeitig wurden wir aber auch in ein Dorf geführt, das kurz zuvor niedergebrannt wurde und sieben Menschen das Leben kostete. Auch alle Nahrungsmittel, die für den Winter gesammelt worden waren, wurden zerstört. Der Dorfälteste konnte uns kaum das Ausmaß der Verwüstungen zeigen in seiner großen Trauer. Die Angreifer hatten einen Gottesdienst abgewartet, als die meisten Frauen und Kinder in der Kirche waren, und haben dann ihr Werk verrichtet.

Unsere Landeskirche unterstützt in Norden Nigerias auch die Hilfsorganisation „Symbols of Hope“, für die im Eröffnungsgottesdienst gesammelt wurde. Diese Einrichtung hat es sich zum Ziel gesetzt, junge Leute, die gerne nach Europa auswandern wollen, zu informieren, wie die wirkliche Situation bei uns ist, damit sie nicht auf die Versprechungen der Schlepperbanden hereinfallen. Gleichzeitig werden die örtlichen Pfarrer geschult, dass sie solche auswanderungswilligen identifizieren und mit ihnen ins Gespräch kommen können.

Es hat mich persönlich sehr berührt, als wir beim Besuch in Jola mit einer Gruppe Jugendlicher diskutierten und die Frage kam, was man denn tun müsse, um möglichst schnell nach Deutschland kommen zu können. Wenn Sie dann sagen müssen, dass das keine gute Idee ist und keine sinnvolle Alternative anbieten können, ist das nicht sehr schön und tut weh.

Die Verfolgung von Christen in Nordnigeria wird meistens, auch in den Medien, mit Boko Haram in Verbindung gebracht und auf diese radikal-muslimische Gruppe beschränkt. Und tatsächlich hat Boko Haram in den letzten Jahren durch Selbstmordanschläge Tausende Menschen, überwiegend Christen, ermordet und Hunderte entführt. Das prominenteste Beispiel hierfür ist wohl die Entführung von 219 christlichen Mädchen aus einer Schule in Chibok. Auch vier Jahre nach dem Vorfall im April 2014, blieben noch 112 Mädchen verschwunden.

Der im Jahr 2015 vereidigte muslimische Präsident Muhammadu Buhari wurde nicht zuletzt aufgrund seines Versprechens, Boko Haram zu bekämpfen, ins Amt gewählt. Und tatsächlich hat die Armee mit ausländischer Unterstützung Boko Haram zurückgedrängt, wenn auch nicht besiegt. Stattdessen verübt die Gruppe nunmehr Anschläge in den Nachbarländern wie **Niger**, **Tschad** und **Kamerun**.

Das Verfolgungsmuster ist insgesamt jedoch viel komplexer und darf nicht auf gewaltsame Übergriffe und Ermordungen von Christen (und gemäßigten Muslimen) seitens militanter islamistischer Gruppen reduziert werden. Andere islamische Angreifer, gemeinhin als Hausa-Fulani Viehhirten identifiziert, verüben (häufig nachts) Überfälle auf Dörfer im zentralen Gürtel des Landes, bei denen ebenfalls viele Unschuldige – auch Frauen und Kinder – zu Opfern werden. Berichten zufolge gibt es Bestrebungen der Regierungen in Benue, Kaduna, Nasarawa und Taraba, Weideplätze für die Hausa-Fulani auszuweisen. Damit würden den einheimischen Christen beträchtliche Ländereien genommen. Viele christliche Kommunen würden ihrer Häuser und Felder und somit ihrer Lebensgrundlage beraubt. Es wurde argumentiert, dass diese Angriffe auf die überwiegend christlichen Farmer als „ethnische Säuberung“ im Sinne des Völkerstrafrechts zu qualifizieren seien. Bedenkt man, dass diese Einschätzung bereits im Jahr 2015 geschrieben wurde und es seitdem Dutzende weitere Übergriffe mit Tausenden Toten gegeben hat, hat sich diese Einschätzung verfestigt. Im Bundesstaat Plateau wurden am 23. Juni 2018 bei einem Angriff auf eine christliche Trauergesellschaft mindestens 86 Menschen ermordet und wenigstens 50 Häuser zerstört, wobei Augenzeugen von deutlich höheren Zahlen sprechen. Während die Angreifer aber kaum jemals zur Rechenschaft gezogen werden, wurden im Juni 2018 fünf christliche Jugendliche wegen eines angeblichen Überfalls und der Ermordung eines muslimischen Viehzüchters durch ein Gericht in Yola, der Hauptstadt des Bundesstaats Adamawa, zu Tode verurteilt. Dieses Urteil führte zu einer scharfen Stellungnahme der CAN, der Christlichen Vereinigung Nigerias.

Im Norden Nigerias lebt eine hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen, unter ihnen viele Christen, die entweder durch die Schreckensherrschaft von Boko Haram oder durch die brutalen Attacken der Hausa-Fulani Viehhirten (die von örtlichen Behörden gedeckt werden) vertrieben wurden. Viele erhalten keinerlei Unterstützung durch nationale oder internationale Hilfsorganisationen. Ihre Lage ist Ausdruck der Übermacht der Verfolger sowie der Schutzlosigkeit der Verfolgten in dieser Region und lädt wegen ausbleibender Strafverfolgung zu weiteren Übergriffen ein. Die Furcht der verfolgten Christen nimmt beständig zu. Diese Spirale der Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn die internationale Weltgemeinschaft mit Nothilfe und anderen Maßnahmen eingreift.

Die Christian Association of Nigeria und die internationale Forschungsabteilung von Open Doors haben im Jahr 2016 den mit 162 Seiten wohl immer noch umfassendsten Bericht zur Lage der Christen in Nigeria herausgegeben, schon der Titel „Crushed, but not defeated“ lässt ahnen, in welcher schwieriger Situation sich die Christen vor allem im Norden und im Zentralgürtel Nigerias befinden. Die CAN hat ihre Mitglieder in einer Erklärung vom Februar 2016 zu anhaltender christlicher Nächstenliebe aufgerufen. Die dramatische Lage wird auch dadurch unterstrichen, dass seit der Veröffentlichung dieses Berichts vier weitere Berichte zu Übergriffen auf Christen veröffentlicht wurden: zur Vorfällen im Nasarawa State 2016, Benue State 2017, Süd-Kaduna State 2017 und Yobe, Borno, Adamawa und Taraba States 2018. Auch die CAN selbst berichtet fortlaufend über weitere Übergriffe. Nach einer kurzen Notiz von Human Rights Watch, die am 28. Mai 2018 veröffentlicht wurde, wurden bis Mai 2018 allein durch diese Gewalt mindestens 1.917 Menschen getötet. Die wirtschaftlichen Schäden für das Land sind nur schwer zu beziffern, sie könnten aber in die Milliarden gehen.

Unter dem Aspekt des Auftretens von Gewalt gegen Christen kann Nigeria in verschiedene Gebiete eingeteilt werden:

- Der Norden (19 Staaten und das Gebiet der Bundeshauptstadt Abuja) ist überwiegend muslimisch, wobei die Christen in den Staaten im zentralen Gürtel des Landes in der Mehrheit sind. Große Teile des zentralen Gürtels wurden mittlerweile Teil der zwölf sogenannten „Scharia-Staaten“ des Nordens. In Nord-Kaduna beispielsweise ist die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch, in Süd-Kaduna christlich. Die Verwaltung von Kaduna ist allerdings überwiegend muslimisch.
- Der Süden (17 Staaten) ist überwiegend christlich, wobei der Südwesten (Yoruba) eine große muslimische Bevölkerung hat.

Jedoch besteht die Bedrängnis für Christen nicht nur in der gegen sie ausgeübten Gewalt, auch wenn diese am sichtbarsten und auch am bekanntesten ist. Es darf aber nicht vergessen werden, dass in zwölf Bundesstaaten im Norden entgegen der Bundesverfassung Nigerias die Scharia eingesetzt wurde, die auch auf Christen angewendet wird. Die in den 1980er Jahren begonnene Entwicklung während der gewalttätigen Maitatsine-Aufstände hat sich 2001 mit der Einführung der Scharia, der islamischen Rechtsprechung, fortgesetzt. Die Unterdrückung aus Glaubensgründen ist in den Scharia-Staaten besonders stark ausgeprägt, findet sich jedoch auch in den benachbarten Staaten. Sie beeinträchtigt das Familienleben und das gesellschaftliche Leben der Christen sehr stark. So dürfen sie ihre Verstorbenen nicht auf dem öffentlichen Friedhof beisetzen. Christliche Mädchen stehen ständig in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden. Kinder von Christen werden in staatlichen Schulen gezwungen, besonders in den Grund- und Mittelschulen, am Islamunterricht teilzunehmen. Christlichen Jugendlichen wird der Zugang zu weiterführenden Schulen oder Hochschuleinrichtungen im Norden Nigerias verweigert, besonders wenn diese Einrichtungen einen hohen akademischen Standard haben, gut ausgestattet sind und über ausreichend Geldmittel verfügen. Christen im Norden Nigerias werden in den Ausbildungseinrichtungen oft als Bürger zweiter Klasse betrachtet und dementsprechend behandelt.

Christliche Kommunen im nördlichen Nigeria werden von der Regierung meist vernachlässigt in Bezug auf humanitäre Hilfeleistungen, obwohl sie aufgrund von Gewalt durch Boko Haram vertrieben wurden. Auf dem Arbeitsmarkt wird Christen trotz nachgewiesener Qualifikationen die Einstellung verweigert; anderen werden Arbeitsstellen unter der Bedingung angeboten, dass sie ihren christlichen Glauben aufgeben.

In den nördlichen Scharia-Staaten leben die Christen in ständiger Angst angesichts eines unberechenbaren Umfelds: Vertreter der örtlichen Behörden setzen sie immer wieder unter Druck, manchmal mit Hilfe der „Hisba“ (Scharia-Polizei) und Da’awa (islamische Missionare). In den Nordstaaten, in denen die Scharia nicht eingeführt wurde, ist der Druck vergleichsweise etwas weniger ausgeprägt, doch Christen erleben trotzdem Diskriminierungen von Seiten des Staates und haben Schwierigkeiten, Arbeitsstellen im öffentlichen Bereich zu finden.

Es gibt zudem Studien, die Feindseligkeiten und Konflikte zwischen Anhängern der traditionellen afrikanischen Religionen und Christen im südöstlichen Teil Nigerias bestätigen. Da sie oft ethnisch-spezifisch sind und die kulturellen Traditionen der jeweiligen ethnischen Gruppen lebendig halten, werden die Feindseligkeiten gegenüber Christen teilweise durch ethnisch begründete Anfeindungen hervorgerufen. Aufgrund der Tatsache, dass ethnische Konfliktlinien die religiöse Teilung des Landes widerspiegeln, begünstigen diese Anfeindungen die allgemeine Verfolgung von und Gewalt an Christen in Nigeria. Die Sezessionsbewegung im Südosten Nigerias scheint die Situation zu verschärfen. Im Juni 2017 stellte eine Gruppe namens „Beratendes Forum von Arewa“ (Arewa Consultative Forum – ACF) ein Ultimatum an die ethnischen Igbos, die im Norden leben (die meisten von ihnen sind Christen). Sie forderten, dass die Igbos das nördliche Nigeria verlassen und innerhalb von drei Monaten in ihre Heimatstaaten zurückkehren sollten. Die Gruppe verkündete ebenfalls, sie habe die Absicht, alle Besitztümer der Igbos in Nordnigeria zu konfiszieren.

Die für 2019 geplanten Präsidentschaftswahlen könnten vor dieser Gemengelage zwei Auswirkungen haben. Zum einen könnte der Präsident auf die Stimme der fast 89 Millionen Christen im Land hören – und der Millionen Verfolgter unter ihnen – und Ihren Erwartungen nach Frieden und Gerechtigkeit entsprechen. Andererseits könnten aber auch Religion und ethnische Zugehörigkeit im Wahlkampf instrumentalisiert werden, wie es in der Geschichte Nigerias schon so oft geschehen ist. Dies umso mehr, als Präsident Buhari inzwischen 76 Jahre alt ist und nach einem langen Krankenhausaufenthalt in England erst im August 2017 ins Land zurückgekehrt ist.

Asien

Der Berichtszeitraum hat teilweise große politische Umwälzungen und Neuerungen gebracht, die diesmal häufig von Asien ausgingen und weltweite Beachtung fanden. Als erstes zu nennen ist hier **Nordkorea**. Zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt vor immerhin sieben Jahren reiste Staatschef Kim Jong Un ins Ausland nach China und ebenfalls zum ersten Mal traf sich der nordkoreanische Staatschef mit einem amtierenden US-Präsidenten am 12. Juni 2018 in Singapur. Zudem fanden ebenfalls zwei Gipfeltreffen mit dem südkoreanischen Premierminister statt. Ob diese rege Reisetätigkeit nun auf den bisher nicht anerkannten Status als Atommacht oder doch auf das intensivierete Wirtschaftsembargo zurückzuführen ist; klar ist vorläufig eines: an der Menschenrechtslage im Land ändert sich vorläufig nichts, Religionsfreiheit bleibt ein ferner Traum und Christen werden auch weiterhin als Feinde des Staats angesehen. Positiv zu vermerken ist allerdings, dass drei US-amerikanische Staatsbürger koreanischer Herkunft, die an einer durch Christen gegründeten Universität in Pjöngjang unterrichtet haben, als Geste des guten Willens vor Beginn der Gespräche freigelassen wurden.

In **Indien** nimmt die Welle an Gewalt gegen Christen zu. Die mittlerweile berüchtigten Anti-Konversionsgesetze gelten zwar weiterhin „nur“ in sechs Bundesstaaten, jedoch gewährt die regierende Hindu-nationalistische Partei von Premierminister Narendra Modi für nahezu alle Übergriffe gegen religiöse Minderheiten, seien es Muslime oder Christen, faktisch Straffreiheit. Die letzten verfügbaren Statistiken, welche sich auf das Jahr 2017 beziehen, zeigen einen starken Anstieg der Angriffe auf Christen. Wie die „Evangelical Fellowship of India“ berichtet, gab es 2017 wenigstens 351 gewaltsame Vorfälle, also etwa jeden Tag einen. Die EFI nannte dieses Jahr das traumatischste seit den Pogromen gegen Christen in Kandhamal 2008. Das indische ökumenische Forum „Persecution Relief“ registrierte für 2017 gar 736 Angriffe, was mehr als einer Verdopplung zu 2016 entspricht. Die zunehmend feindselige Haltung gegen Christen wird auch durch eine Äußerung der radikalen Gruppierung Shiv Sena illustriert, welche mit der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) verbunden ist: „Es gibt mehr als 50 Länder für Muslime, Christen haben Länder wie Amerika und Europa. Buddhisten haben China, Japan, Sri Lanka und Myanmar. Hindus haben kein anderes Land als dieses.“ Folglich ist „Indien zuallererst ein Land für Hindus“. Bharat Singh, ein Abgeordneter der BJP, der im größten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh im Parlament sitzt, hat christliche Missionare als Bedrohung der Einheit der Nation bezeichnet und Konversionen im Nordosten des Landes als Schwächung der Demokratie. Dass am 29. Mai 2018 ein aktives

Mitglied der BJP als Gouverneur des mehrheitlich christlichen Bundesstaates Mizoram vereidigt wurde, zeigt die Stärke der Hindu-Nationalisten. Auch angesichts der 2019 bevorstehenden Wahlen zeichnet sich für Christen keine Erleichterung der Situation ab.

Die gerade beschriebene Hindu-nationalistische Welle im großen Nachbarland greift auch auf das vergleichsweise kleine **Nepal** über. Zwischen dem 9. und dem 11. Mai 2018 wurden insgesamt vier Kirchengebäude an mehreren Orten angegriffen, wobei in einem eine Bombe explodierte, während drei andere niederbrannten. In diesem Zeitraum wurden zudem sechs Christen wegen "Missionierung" festgenommen.

Im zweiten großen Land Asiens, in **China**, schwingt das Pendel der Verfolgung von einer größeren Freiheit für Christen wieder zurück zu mehr Kontrolle. Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 wird immer klarer: das alles überspannende Ziel der Kommunistischen Partei in China ist der Machterhalt, sowohl durch nationale Einheit als auch durch Einschränkung der Einflüsse von außen. Die Machthaber werden dafür alles tun, was ihnen notwendig erscheint. Die letzten Jahre weisen auf eine Rückkehr zu den ideologischen Wurzeln und Betonung der kommunistischen Leitlinien hin, wobei das Regime gegen jeden vorgeht, der als Gefahr eingestuft wird; dies schließt Christen ein. Der Machterhalt als oberstes Ziel der Führungsriege schließt auch die Kontrolle der Religionen ein. Die Frage, wie mit der wachsenden Anhängerschaft des christlichen Glaubens umgegangen werden soll, gewinnt an Bedeutung. Die ‚Sinisierung‘ der Religionen (und ihrer Gemeinschaften) bleibt dabei der leitende Gedanke. Die chinesische Regierung hat am 7. September 2017 angekündigt, dass die neuen Regularien für Religion am 1. Februar 2018 in Kraft treten. Während die Regeln detaillierter und offensichtlich strenger gefasst sind als frühere Versionen, wird alles davon abhängen, wie sie umgesetzt werden. Beim 19. Parteikongress im Oktober 2017 wurden Präsident Xi's „Gedanken über den Sozialismus mit chinesischen Vorzeichen in einer neuen Ära“ in die Parteiverfassung geschrieben und das Parlament hat im März 2018 dafür gestimmt, die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei aufzuheben. Bisher lässt sich beobachten, dass die Behörden verschärft gegen Christen vorgehen und bestehende Gesetze strikter umsetzen, übrigens unabhängig davon, ob es sich um die staatlich anerkannten Drei-Selbst-Kirchen oder unabhängige Hausgemeinden handelt. Ein bereits seit langem bestehendes Verbot des unregulierten Verkaufs von Bibeln wird seit April 2018 für den Online-Handel durchgesetzt. Ein weiteres Zeichen für eine schärfere Gangart ist, dass die Umsetzung der Regulierungen von Religionen nunmehr nicht mehr von der Regierungsbehörde SARA („State Authority on Religious Affairs“), sondern von der zentralen Parteigliederung UFWD („United Front Workers Department“) durchgeführt wird. All dies hat die christliche Organisation China Source, welche China seit vielen Jahren beobachtet, dazu veranlasst, von einem „new new normal“ zu sprechen, die Christen vor Ort erwarten jedenfalls eine schwierigere Situation. Schließlich sollen auch die Pläne der chinesischen Regierung, ein Sozialkredit-System einzuführen („Social Credit System, SCS“), nicht unerwähnt bleiben. Die Behörden planen, jeden Bürger bis zum Jahr 2020 mit diesem System zu bewerten. Während diese Entwicklung für ein Land, das Online- und Mobil-Bezahlsysteme entwickelt, logisch erscheinen mag, hat ein solches Bewertungssystem sehr ernsthafte Konsequenzen. Es ergeben sich nicht nur Fragen hinsichtlich Betrugs oder dem Erkaufen einer besseren Bewertung. Was geschieht, wenn Bürger ein gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten an den Tag legen, wie etwa das Ausüben einer Religion – zum Beispiel des Christentums? Wie werden die Konsequenzen aussehen?

Auch im drittgrößten Land Asiens, in **Indonesien**, hat sich vieles ereignet, was Christen unmittelbar betraf. Über die Verurteilung des christlichen Gouverneurs von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, genannt Ahok, wegen angeblicher Blasphemie musste ich ja bereits bei der letzten Synode berichten. Im März 2018 wurde seine außerordentliche Berufung abgewiesen. Im Berichtszeitraum wurden aber leider auch wieder christliche Gottesdienste zur Zielscheibe. So wurde bei einem Schwertangriff auf eine katholische Kirche in Yogyakarta, Zentraljava, am 11. Februar 2018, unter anderem ein deutschstämmiger Priester schwer verletzt. Am 13. Mai 2018 verübte dann eine einzige Familie in Surabaya, Ostjava, der zweitgrößten Stadt des Landes, koordinierte Selbstmordanschläge auf drei Kirchen. In einem Zeitraum von nur etwa 30 Minuten wurden ein katholischer, ein protestantischer sowie ein Pfingstgottesdienst zu Zielen, wobei 13

Gläubige umkamen. Das Erschreckende hierbei ist nicht nur, dass es sich dabei um die erfolgreichsten Anschläge seit dem Angriff auf die Diskothek in Bali 2005 handelte (und den größten Angriff auf die christliche Minderheit seit 2002), sondern vor allem, dass eine gesamte Familie handelte und sich nicht nur die Mutter, sondern auch die neun- und zwölfjährigen Töchter in die Luft sprengten – oder gesprengt wurden. Der bisher relativ tolerante Islam Indonesiens ist in den vergangenen Jahren auch ausweislich von Umfragen immer konservativer geworden, die Frage ist allerdings, inwieweit sich dies auch auf die Politik auswirken wird. Regionalwahlen fanden bereits am 27. Juni 2018 statt, die nationalen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind für Mai 2019 angesetzt. Ersten Berichten zufolge haben radikale islamische Gruppen auf die Regionalwahlen keinen großen Einfluss gehabt, auch wenn Beobachter warnen, dies könne bei den nationalen Wahlen anders sein. Auch wenn islamische Parteien traditionell keine sonderlich guten Ergebnisse erzielen, werden sie doch von den großen Parteien in Koalitionen benötigt und üben daher größeren Einfluss aus als es ihr reiner Stimmenanteil vermuten lässt. Indonesien könnte daher unruhigen Zeiten entgegensehen.

Auch über **Malaysia** musste ich bereits bei der vergangenen Synode berichten. Hier ist es mittlerweile mehr als 500 Tage her, dass Pastor Raymond Koh auf offener Straße von Unbekannten entführt wurde. Seitdem gab es von ihm – wie auch von anderen entführten Christen und einem Schiiten kein Lebenszeichen. Ende Februar 2018 hat das Oberste Gericht Malaysias zudem entschieden, dass ausschließlich ein Scharia-Gericht über die Gültigkeit von Konversionen und damit über die Religionszugehörigkeit entscheiden kann. Im Unterschied zu den Zivilgerichten steht dabei allerdings zu befürchten, dass die islamischen Gerichte nicht unparteiisch sein werden, vor allem, wenn man bedenkt, dass in vielen islamischen Ländern die Apostasie, also der Abfall vom Glauben, als Straftat gilt. Auf politischer Bühne gab es eine von keinem Beobachter so erwartete Sensation: nach mehr als sechs Jahrzehnten wurde die regierende UMNO-Koalition abgelöst, wozu ein milliardenstarker Skandal und die schlechte Wirtschaftslage beitrugen. Auch die konservativ-islamische Partei PAS gewann Stimmen hinzu, konnte aber den erdrutschartigen Wahlsieg der Opposition nicht verhindern. All dies bedeutet allerdings nicht, dass nunmehr die gegen die ethnischen und religiösen Minderheiten diskriminierende Politik zu Ende ginge oder die Islamisten keinen Einfluss mehr besäßen. Vielmehr sollte man sich vergegenwärtigen, dass der neue Premierminister Dr. Mohamed Mahathir – mit 93 Jahren der älteste gewählte Staatschef der Welt – in seiner früheren politischen Karriere die Politik der Bevorzugung der *bumiputra* gerade erfunden hat. Dieses System wird sich nicht so rasch ändern, aber zumindest haben die Christen des Landes wieder Hoffnung geschöpft.

Die in den letzten Jahren die Schlagzeilen beherrschenden Terroristen des sogenannten Islamischen Staats sind aus **Syrien** und dem **Irak** zwar weitgehend vertrieben worden oder untergetaucht, damit ist aber auch für die Christen weder alles wieder gut oder auch nur der Islamische Staat besiegt. So haben etwa türkische Truppen im Rahmen der Operation „Olivenzweig“ in der Region Afrin nicht nur Tausende Syrer vertrieben, sondern in ihrem Bemühen, gegen die kurdische Minderheit vorzugehen, auch Jeziden und Christen angegriffen. Viele islamische Extremisten finden eine (neue) Heimat in Gruppierungen, die mit der „Freien Syrischen Armee“ verbunden sind. Das Leiden der christlichen Minderheiten im Nahen Osten geht also weiter. Weiterhin gelten mindestens fünf christliche Geistliche als vermisst. Darüber hinaus hat sich im Berichtszeitraum gezeigt, dass der sogenannte Islamische Staat nicht besiegt, sondern nur verdrängt wurde. Die Errichtung eines „wahrhaft islamischen Kalifats“ zog islamische Extremisten und Kämpfer nicht nur aus Europa, sondern aus der ganzen Welt an. Besonders sichtbar wurde dies auf der südlichen Insel der **Philippinen**, auf Mindanao. Am 23. Mai 2017 überfielen mit dem „Islamischen Staat“ verbündete Extremisten der sogenannten Maute-Gruppe die 200.000-Einwohner-Stadt Marawi. Da sie die aus der Bevölkerung erhoffte Unterstützung jedenfalls nicht in dem gewünschten Maße erhielten, verschanzten sie sich in der Stadt und zwangen die philippinische Armee in einen fünfmonatigen Häuserkampf, der Hunderttausende vertrieb und große Teile der Stadt in Schutt und Asche legte. Die islamischen Extremisten ermordeten nach einem Bericht von Amnesty International mindestens 25 Christen, überwiegend an von ihnen errichteten Kontrollstellen, die Dunkelziffer dürfte aber höher liegen, da das Schicksal vieler Vermisster bis heute nicht geklärt ist. Auch die Kathedrale von Marawi und

eine protestantische Schule wurden zerstört. Zwar kamen bei den Kämpfen auch etwa 1000 Extremisten aus mehreren Ländern Asiens ums Leben, viele andere aber konnten fliehen. Berichten zufolge haben sie sich durch Plünderungen eine Kriegskasse von etwa 40 Millionen US Dollar verschafft, was mehr als ausreichend sein dürfte, um neue Rekruten zu gewinnen und den Kampf um ein Kalifat in Gang zu halten. Hinzu kommt, dass diese Region der Welt sehr unübersichtlich ist und Landesgrenzen zwischen den Philippinen, Indonesien und Malaysia zwar auf dem Papier existieren, in der Praxis aber leicht zu umgehen sind. Radikale Muslime werden auf einer der zahllosen Inseln immer wieder Rückzugsorte finden.

Angesichts des begrenzten Platzes und der Fülle an Ereignissen im Berichtszeitraum muss ich mich auf eine Auswahl an Ländern beschränken und kann auf einige Länder nur kurz eingehen. Ein Land, welches aufgrund der weltweiten Schlagzeilen unbedingt erwähnt werden muss, ist hierbei **Myanmar**. Die Ermordung und Vergewaltigung von Angehörigen der muslimischen Minderheit der Rohingya hat weltweit Empörung hervorgerufen. Zusammen mit der Vertreibung von etwa 700.000 Flüchtlingen ins Nachbarland Bangladesch hat dies Stimmen in den Vereinten Nationen dazu bewogen, das Geschehen als „Lehrbuchbeispiel ethnischer Säuberung“ zu bezeichnen. So brutal allerdings das Vorgehen der burmesischen Armee auch gewesen sein mag und so deutlich dieses zeigt, dass die wahre Macht eben weder bei der Regierung noch dem Parlament liegt, gerät darüber leicht eines aus dem Blick: die Armee hat neue Offensiven gegen die weit überwiegend christlichen Kachin im Norden des Landes begonnen. In den neuerlichen Kämpfen, die sich auf die Staaten Kachin, Shan und Karen erstrecken, wurden Tausende Menschen vertrieben, überwiegend Christen. Währenddessen fand im Juli 2018 die seit einem Jahr überfällige und vielfach verschobene dritte Unions- und Friedenskonferenz (Panglong-Konferenz) statt. Sie erzielte Einigung in weiteren 14 Punkten für einen zukünftigen Unionsvertrag von inzwischen 51 Punkten. Allerdings bleiben viele weitere Punkte strittig und zahlreiche Anliegen der ethnischen Minderheiten kamen noch nicht einmal auf die Agenda. Christliche Studenten, die für Frieden und eine Rückkehr der Vertriebenen demonstrieren wollten, wurden im Mai 2018 in der Hauptstadt von Kachin, Myitkina, verhaftet und wegen Anstiftung zur Unruhe angeklagt.

In **Pakistan** hatten bereits vor den wichtigen Wahlen am 25. Juli 2018 islamistische Gruppen großen Einfluss gewonnen, der sich nicht zuletzt darin zeigte, dass sie im November 2017 mit einer dreiwöchigen Blockade eines neuralgischen Punktes der Hauptstadt wichtige politische Forderungen wie die Absetzung eines Ministers durchsetzen konnten.

Lateinamerika

Der Kontinent steht eher selten im Fokus der Aufmerksamkeit und gerade, wenn es um die Verfolgung und Diskriminierung von Christen geht, fällt es vielen schwer, die Probleme in dieser christlichen Region zu sehen. Dabei wird über **Mexiko** und **Kolumbien** bereits seit Jahren berichtet, denn immer wieder geraten Christen ins Visier von Drogenkartellen und Banden sowie unter den Druck, Stammestraktionen zu folgen, die den christlichen Lehren widersprechen. Zu ersterem ist im Mai 2018 ein ausführlicher erklärender Bericht erschienen.

Afrika

Die Verdrängung von Boko Haram aus Nigeria sowie das generelle Erstarren der extremistischen Strömungen im Islam haben neben den bereits erwähnten Ereignissen in Asien besonders in Afrika tödliche Folgen für Christen gezeitigt. So wurden in Mozambique in der Nacht vom 27. Mai 2018 zehn Menschen durch Islamisten in der Provinz Cabo Delgado enthauptet. Auch wenn nicht ausdrücklich berichtet wurde, ob es sich bei den Opfern um Christen handelte, zeigt dies eine wachsende Gefahr.

In **Burkina Faso** in Westafrika wiederum haben islamische Extremisten Tausende Menschen vertrieben und erst am 3. Juni 2018 weitere Christen entführt, sodass sich die Gesamtzahl der Entführten nun auf sechs beläuft. Dies zeigt, dass sich zu den leider schon traditionell zu nennenden Verfolgungsländern andere Länder gruppieren können, besonders, wenn die Behörden nicht stark genug oder unwillig sind, radikalen Tendenzen und Gruppen zu begegnen.

Bei all diesen Berichten mag der eine oder andere fragen, wo denn da das Positive bleibt. Diese berechnete Frage soll nicht unbeantwortet bleiben. Auch wenn politische Entwicklungen mit Vorsicht betrachtet werden sollten und wir als Christen unsere Hoffnung nicht auf Politiker setzen, gab es doch in zwei afrikanischen Ländern deutliche Zeichen der Besserung. Zum einen in **Tansania**, wo die Mehrheit der Bevölkerung zwar christlich ist, der muslimische Bevölkerungsanteil allerdings wächst. Besonders junge Muslime sind anfällig für extremistische Einflüsse, die von Gruppen wie Al Shabaab aus den Nachbarländern Somalia und Kenia kommen. Eine Gruppe mit dem Namen ‚Jamsho‘ (das Erwachen) kämpft dafür, dass die Insel Sansibar autonom wird und unter Islamisches Recht (Scharia) gestellt wird. Ihre Anhänger haben begonnen, mit Gewalt gegen Christen vorzugehen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ende 2015 jedoch wurde John Magufuli ins Präsidentenamt gewählt, was zu einer langsamen Veränderung im Land führte. Die Behörden gingen hart gegen islamistische Gruppen vor. Deren Leiter wurden verhaftet oder tauchten ab. Die Gewalt gegen Christen nahm daraufhin im Berichtszeitraum deutlich ab.

Vor allem aber machen die jüngsten Entwicklungen in **Äthiopien** Hoffnung auf grundlegende Reformen und Veränderungen in diesem so alten christlichen Land. Dies führte außenpolitisch zu einer kaum für möglich gehaltenen Versöhnung mit dem Erzfeind Eritrea und der Unterzeichnung des im Jahr 2000 verfassten Friedensabkommens im Juli 2018. Nachdem am 15. Februar 2018 der langjährige äthiopische Premierminister Desalegn zurückgetreten war, hat die Regierungspartei EPRDF („Ethiopian People`s Revolutionary Democratic Front“) im März 2018 mit Dr. Abiy Ahmed Ali einen erst 41-jährigen Überraschkandidaten nominiert. Er ist Sohn eines muslimischen Vaters und einer christlichen Mutter und gehört selbst einer protestantischen Kirche an. Er ist ethnischer Oromo, was eine weitere Revolution darstellt, weil Äthiopien über viele Jahre von Tigrinja regiert worden ist. Abiy hat nahezu unmittelbar nach Amtsantritt den Ausnahmezustand aufgehoben, Tausende politische Gefangene freigelassen und ermöglicht, dass sie über ihre Erlebnisse im Gefängnis öffentlich sprechen. Er hat weiterhin hohe Militärs und Geheimdienstler ihrer Ämter enthoben und plant weitreichende Wirtschaftsreformen. Dies führt Beobachter dazu, bereits jetzt von „dramatischen Veränderungen“ zu sprechen, die natürlich auch Christen betreffen werden. Den bisherigen Eliten gefällt dieser Kurs sicherlich nicht, weshalb mit erheblichen Widerständen zu rechnen ist. Einen Vorgeschmack auf das, was noch kommen mag, gab es bei einer politischen Kundgebung durch Premierminister Abiy am 23. Juni 2018, auf die ein Granatenanschlag verübt wurde, wobei zwei Teilnehmer ums Leben kamen. Ob im Zuge der Reformen auch die bevorzugte Stellung der orthodoxen Kirche angetastet wird, muss sich zeigen.

Der Raum fehlt, um die Situation in weiteren Ländern darzustellen, die ich hier nur namentlich erwähnen kann: **Vietnam, Iran, Saudi-Arabien** oder **Afghanistan** zum Beispiel. Letzteres Land erinnert uns auch daran, dass bei allen Herausforderungen, vor die uns die Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland gestellt hat, es ein Ärgernis bleibt, wie durch den Staat die Tatsache gewertet wird, dass Flüchtlinge zum christlichen Glauben gefunden haben. Wer weiß, wie christliche Konvertiten durch ihren Herkunftsstaat und häufig noch mehr durch ihre eigene Familie behandelt werden, den können solche „Abschiebungen“ nicht kalt lassen.

Kommen wir zu **Europa**. Sicher wissen manche von Ihnen, dass die phönizische Königstochter Europa aus Phönizien stammt, dem heutigen Libanon. Dort gefiel sie dem Göttervater Zeus so sehr, dass er die am Strand von Sidon spielende Schönheit nach Kreta entführte und sie dort verführte. Der Name Europa heißt übrigens übersetzt so viel wie die „weit Sichtige“. Solche Weitsicht würde man heute manchen Politiker in Europa wünschen zumindest denen, die gerne die Wohltaten der europäischen Gemeinschaft nutzen wollen, aber sich nicht in der Lage sehen, die in Europa ankommenden Geflüchteten aufzunehmen, wie etwa **Ungarn, Polen, Tschechien** oder die **Slowakei**.

Die Wanderbewegung, vom Nahen Osten nach Europa, die viele syrische Geflüchtete heute praktizieren, und deshalb erwähne ich hier die Geschichte, ist also so alt wie die Geschichte Europas selbst und nichts Neues.

Europa hat derzeit gut 700 Millionen Einwohner. Betrachtet man die gut geschätzt etwa 3,5 Millionen Geflüchteten der letzten Jahre, die zumeist aus Kriegsregionen nach Europa gekommen sind, dann bedeutet dies eine Quote von gerade mal 0,5% Geflüchteten. Also kommen auf 200 Einwohner einer oder eine Geflüchtete. Zum Vergleich: Der **Libanon** hat rund 4,5 Millionen Einwohner und dort leben derzeit geschätzt rund 1,5 Millionen Geflüchtete. Das ergibt eine Quote von 25%, also jeder vierte ein Geflüchteter.

Deshalb versuchen wir im Oberkirchenrat mit den uns anvertrauten Geldern derzeit auch einen starken europäischen Schwerpunkt der Hilfe zu setzen, indem wir die kleinen evangelischen Kirchen in **Italien, Griechenland** oder **Österreich**, aber auch in **Ungarn** und **Rumänien** in ihrer Flüchtlingsarbeit unterstützen. Manche Gelder fließen direkt an diese Kirchen, andere über das Gustav Adolf Werk, das hier über exzellente Kontakte verfügt. Erst vor drei Wochen dankte uns der Dekan der Evangelisch-Lutherischen Kirche in **Italien**, Heiner Bludau ausdrücklich für diese Hilfe, die der direkten Flüchtlingsarbeit der lutherischen Gemeinden dort zugutekommt.

In **Österreich** konnten wir mit 100.000 Euro eine Personalstelle finanzieren sowie einem Flüchtlingsheim helfen, wo Flüchtlinge aufgenommen und betreut werden. Die bisherige staatliche Unterstützung der Diakonie in **Österreich** wurde aufgrund der neuen politischen Mehrheitsverhältnisse im Nachbarland radikal gestrichen. Der Österreichische Lutherische Bischof Michael Bünker, der hier vor der Synode erst vor kurzem gesprochen hat, dankte unserer Kirche letzte Woche beim Treffen der ehemaligen Auslandspfarrer in Stuttgart ausdrücklich für diese Hilfe ohne die die Flüchtlingsarbeit seiner Kirche und Diakonie hätte eingestellt werden müssen.